

Wien, am Freitag, den 7. Oktober 1927

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 7. Oktober 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Geschäftstücken, die eine Neuleitung von Rohrsträngen der Hochquellenleitung in der Siedlung Am Wasserturm, den Ausbau des Wasserbehälters der Hochquellenleitung in Mauer, Änderungen des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes in Floridsdorf und Simmering, Strassenherstellungen in Meidling und Ottakring, Verlegung von Feuerwehr-Telegraphen- und Telefonkabeln in der Gymnasiumstrasse, die Subvention von 5000 Schilling an die Arbeitsgemeinschaft "Kauft österreichische Waren" und schliesslich den Zubau zum Wohnhausbau in der Moosbacher-gasse betreffen, angenommen.

Der Gemeinderat verhandelt nun über den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom 15. Juli 1927 und der unmittelbar nachfolgenden Tage. Das Referat erstattet Gemeinderat Dr. Danneberg, der ausführt:

Der Beschluss des Gemeinderates vom 15. Juli womit zur Untersuchung und Aufklärung der Ereignisse vom 15. Juli und der darauf folgenden Tage eine Kommission eingesetzt wurde, ist Gegenstand sehr eifriger und zum Teil auch sehr heftiger Erörterungen in der Öffentlichkeit gewesen. Es hat manche gegeben, die behauptet haben und dieser Standpunkt ist auch von der Minderheit hier vertreten worden, dass der Gemeinderat damit eine Tat gesetzt habe, die ihm gar nicht zustehe, dass er mit der Einsetzung dieser Untersuchungskommission seine Kompetenz überschritten und dass er sich damit eigentlich lächerlich gemacht habe, ja dass wie man namentlich in der letzten Zeit wiederholt gehört hat, dieser Untersuchungsausschuss eine Komödie gewesen sei. Ich glaube nicht, dass irgend etwas lächerliches daran zu finden ist, wenn der Wiener Gemeinderat, gewiss die berufene Vertretung der Wiener Bevölkerung sich darüber Klarheit schaffen will, wieso es am 15. Juli zu den beklagenswerten Ereignissen gekommen ist, die den Tod von 89 Menschen verursacht und überdies vielen hunderten von Menschen mehr oder minder schwere Verwundungen beigebracht hat. Ich glaube im Gegenteil, dass es eine Pflicht der Volksvertretung von Wien ist, darüber zur Klarheit zu kommen, ob die Behörden die mit den Ereignissen vom 15. Juli zu tun hatten, in richtiger und zweckmässiger Weise vorgegangen sind. Allerdings war es von vornherein klar, und auch denen, die den Beschluss vom 22. Juli gefasst haben, klar, dass die Kommission der gerichtlichen Kompetenz entbehrt. Es steht wohl nach der Verfassung dem Nationalrat zu, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die mit den Attributen eines Gerichtes ausgestattet, also in der Lage sind, Zeugen vorzuladen, sie zwangsweise vorführen zu lassen, wenn sie nicht erscheinen und Zeugen zu beideln, so dass jeder, der vor einer solchen Kommission eine Aussage macht, unter derselben Sanktion steht, wie jemand der vor dem Gericht eine Aussage abzulegen hat. Eine solche Kompetenz kommt dem Ausschusse, den der Wiener Gemeinderat oder irgend ein Landtag in Oesterreich sonst einsetzt, nicht zu. Das war von vornherein wie gesagt klar, aber das kann natürlich kein Hindernis dafür sein, dass die Wiener Volksvertretung die Wahrheit über die Dinge, die sich ereignet haben, zu ergründen suchen muss. Es wäre gewiss zweckmässiger gewesen, wenn der Nationalrat eine solche Untersuchungskommission eingesetzt hätte. Ein solcher Antrag ist im Nationalrat auch gestellt, aber dort von der Mehrheit abgelehnt worden und die gemeinderätliche Kommission hat auch nach ihrer Einsetzung gewartet, bis im Nationalrat eine Entscheidung kommt und ihre meritorische Tätigkeit erst nach Ablehnung dieses Antrages im Nationalrat aufgenommen. Es ist auch im Laufe der Diskussion manchmal gesagt worden, es wäre immerhin noch etwas anderes gewesen, wenn der Landtag von Wien einen solchen Beschluss gefasst hätte und nicht der Gemeinderat. Das kommt aber auf dasselbe heraus, weil auch der

Wiener Landtag ebenso wenig wie ein anderer Landtag in der Republik das Recht hat, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, denen eine richterliche Kompetenz zukommt. Nun ist in diesem Falle auch eingewendet worden, dass die Kompetenz einer solchen Untersuchungskommission schon deshalb gar nicht gegeben war, weil die Polizei in Wien eine Bundesbehörde ist und daher ein Vollzugsorgan des Gemeinderates in die Dinge nichts dreinzureden habe. Richtig ist, dass die Polizei in Wien und in einigen anderen Städten keine Gemeindeangelegenheit, sondern eine Bundesangelegenheit ist. Aber es ershnt wohl ganz selbstverständlich, dass, wenn in einer Gemeinde, in der die Polizei nach der Verfassung eine Gemeindeangelegenheit ist, irgend etwas solcher Art geschieht, wie es etwa am 15. Juli in Wien geschehen ist, die Gemeindevertretung natürlich von ihrer Polizei Rechenschaft über deren Verhalten verlangen wird. Und die Tatsache, dass so etwas in einer Stadt geschieht, in der die Polizei Bundespolizei ist, enthebt natürlich diese Polizei nicht der moralischen Verpflichtung, der Gemeindevertretung Rede und Antwort zu stehen, auch wenn sie ihr formell nicht unterstellt ist. Daher konnte man wohl, ohne sich lächerlich zu machen, der Meinung sein, dass es auch die Wiener Polizei als in ihrem eigenen Interesse gelegen erachten werde, vor der Wiener Volksvertretung ihr Verhalten darzulegen und dort gegenüber Einwendungen zu antworten. Das scheint auch zunächst die Auffassung der Polizeidirektion gewesen zu sein. Denn sonst hätte sie ja nicht der Kommission auf ihr Begehren einen so ausführlichen, mehr als hundert Seiten langen Bericht über die Ereignisse vorgelegt. Die Kommission hat dann diesen Bericht zum Gegenstand ihrer Verhandlungen genommen und einige wesentliche Fragen herausgegriffen, über welche Klarheit gewonnen werden sollte. Man kann natürlich, wie manche Herren gesagt haben, den Standpunkt einnehmen, dass das, was die Polizei in dem Bericht mitgeteilt hat, die absolute Wahrheit sei und dass es daher darüber weiter nichts zu reden und nichts zu untersuchen gebe. Es ist umgekehrt vorgeworfen worden, dass von Seite der Majorität alles, was die Polizei sagt, für falsch gehalten und nur den Aussagen, die gegen die Polizei gerichtet sind, die volle Wahrheit zuerkannt werde. Ich glaube, dass man weder das eine, noch das andere sagen kann, dass man gewiss auch nicht behaupten kann, dass alles, was die Polizei über diese Ereignisse mitteilt, absolut richtig sein müsse. Denn man muss sich ja nur vor Augen führen, wie ein solcher Polizeibericht über ein so aufregendes Ereignis, wie es das des 15. Juli war, zustande kommt. Die Polizeidirektion ist selbst angewiesen auf die Berichte der Kommandanten und vieler untergeordneter Organe, die natürlich nur das berichten können, was sie dort selbst gesehen haben und wie sie es in ihrer Aufregung gesehen haben. Und die natürlich, zumal sie eben sehr wichtige Taten gesetzt haben, dass nämlich geschossen worden ist, hinterher begrifflicher Weise erst recht darin bestärkt worden sind, die Ereignisse so zu sehen, dass ihnen das Schiessen als eine Notwendigkeit erscheint. Die Polizei hat selbst das Bedürfnis empfunden ihren Bericht gewissermassen damit zu verstärken, dass sie die Aussagen einer Reihe von Zivilzeugen anführt. Andererseits gibt es aber viele andere Zeugen, die in voller Verantwortlichkeit, wenn auch nicht vor einer Behörde, aber unter Angabe ihres Namens und ihrer Adresse Aussagen gemacht haben, die jenen der Polizei völlig entgegengesetzt sind und es wäre durchaus falsch, diesen Aussagen kein Vertrauen entgegenzubringen und sie von vornherein für unwahr zu halten. Ja, ich muss im Ganzen sagen, dass, wenn jemand eine Aussage macht, die eine sehr erhebliche Beschwerde oder Anklage gegen die Polizei enthält, er sich dessen bewusst sein muss, dass er das auch zu verantworten haben wird und dass er sich daher eine solche Aussage sehr wohl überlegen muss. Es ist natürlich viel leichter und einfacher etwas auszusagen, was die Behörde lobt oder ihr Verhalten rechtfertigt, als Anklagen gegen die Behörde zu erheben, für die man dann einstehen muss und für die man zur Verantwortung gezogen werden kann. Daher war es mindestens notwendig, dass man diese gegeneinanderstehenden Aussagen abwägt und versucht, durch eine Untersuchung der Dinge wirklich zur Klarheit zu kommen. Das ist es, was der Untersuchungsausschuss angestrebt hat und was er nicht zu Ende bringen kann, weil die Polizei ihre Mitwirkung bei

dieser Tätigkeit versagt hat. Dass hier etwas aufzuklären war, war auch die Meinung der Minderheit in der Kommission und die Minderheit hat in der Kommission selbst wiederholt den Antrag gestellt über dieses und jenes Faktum, das der Kommission vorgetragen wurde, die Meinung der Polizeidirektion einzuholen. So sind also im Laufe der Verhandlungen der Kommission eine Anzahl Fragen an die Polizeidirektion gerichtet worden, ^{damit sie} den Bericht, den sie der Kommission vorgelegt hat, ergänze und weitere Aufklärungen gebe. Die Polizeidirektion hat alle diese Fragen unbeantwortet gelassen und schliesslich der Kommission mitgeteilt, dass sie eine Weisung der Bundesregierung eingeholt habe und es auf Grund dieser Weisung abhingen müsse, der Kommission irgend eine meritorische Antwort auf diese Anfragen zu geben. Die Polizei hat sich dabei darauf berufen, dass es sich zu einem Teil um Dinge handle, die Gegenstand strafgerichtlicher Untersuchung sind und dass es ihr schon deshalb verwehrt sei eine Auskunft zu geben, zum anderen Teil darauf, dass es sich um interne dienstliche Angelegenheiten handle, über die eine Auskunft nicht erteilen können. Im Uebrigen hat sie in dem Schriftstück erklärt, dass sie selber die Anschuldigungen, die gegen Organe der Polizeidirektion erhoben werden und vor der Kommission erhoben worden sind überprüfen und wenn nötig, das ganze Material der Staatsanwaltschaft zum Zweck einer gerichtlichen Untersuchung übermitteln werde. Von der Minderheit ist damals gesagt worden, dass diese Meinung der Polizei eine Selbstverständlichkeit sei, obwohl gerade auch die Minderheit zunächst in den Verhandlungen wiederholt den Antrag gestellt hat die Meinung der Polizei über diese und jene Sache abzuverlangen. In anderen Fällen hat die Bundesregierung auf deren Weisung die Polizeidirektion hier jede Antwort verweigert hat, einen ganz anderen Standpunkt eingenommen. Vor gar nicht sehr langer Zeit, im März 1926, hat der steirische Landtag einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, um die gegen verschiedene Funktionäre des Landes Steiermark erhobenen Anschuldigungen, sie hätten an den Banknotenfälschungen in Wetzelsdorf teilgenommen zu überprüfen. Dieser Untersuchungsausschuss hat in der steirischen Verfassung auch keine andere Berechtigung, als unser Untersuchungsausschuss. Es ist niemand verpflichtet, dort zu erscheinen und die Wahrheit zu sagen. Dennoch hat der steirische Landtag einen solchen Ausschuss eingesetzt und als der Ausschuss seine Tätigkeit begonnen und alle möglichen Organe der Bundesverwaltung geladen hat, sind alle diese Organe dort erschienen, sind alle diese Organe von der Regierung des Amtseids entbunden und es ist ihnen gestattet worden vor der Kommission des steirischen Landtages auszusagen (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit). Ich habe ^{mir} aus den Protokollen dieser Untersuchungskommission einer ganz oberflächlichen Durchblätterung folgende Namen von Zeugen notiert, die vor der Kommission erschienen und die lauter Bundesangestellte sind. Da war zum Beispiel ein Hofrat Mayrhofer von der Landesregierung in Graz, damals noch Bundesangestellter, ein Gendarmeriebeamter Püreck aus Graz, der Regierungsrat Dr. Janka von der Bundespolizei in Graz, ein Beamter Dr. Wall von der Bundespolizei in Graz, der Regierungsrat Dr. Barber von der Wiener Bundespolizei, der Hofrat Wahl, der Chef des Sicherheitsbüros der Wiener Bundespolizei (Hört-Hört! bei der Mehrheit), ein Beamter Dr. Kleinsasser von der Grazer Bundespolizei, der Polizeipräsident von Graz Dr. Kaus, der Gendarmeriedirektor von Steiermark Thienel, ein Polizeibeamter Stürzer aus Graz, zwei Gendarmen namens Schulz und Sterlini. Dann sollte der frühere Justizminister Halbauf einvernommen werden, der sich wegen Krankheit entschuldigte, aber eine schriftliche Aussage der Kommission übermittelte. Dann wurde einvernommen der Staatsanwalt Dr. Immendürfer aus Wien (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit), der Polizeirat Dr. Klank aus Wien, dann ist der Vizekanzler Dr. Waber vor der Kommission erschienen (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit) und Polizeipräsident Schober, der vor die Kommission geladen wurde, hat mitgeteilt dass er sehr schwer nach Graz kommen könne und hat telefonisch gegenüber einem Mitglied der Kommission seine Aussagen abgelegt (Hört bei der Mehrheit).

tion: Was ist damit bewiesen?). Die Bundesregierung hat also, als es sich darum gehandelt hat, dass Bundesorgane vor der Wiener Kommission erscheinen, dies verboten, während sie gegenüber der steirischen Kommission einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat, da dort Minister, Polizeipräsidenten, Gendarmeriedirektoren und Polizeibeamte vorgeladen und dort erschienen sind und von der Bundesregierung die Erlaubnis dazu bekommen haben (Dr. Wagner E.L.): Dort waren doch keine Strafverfahren anhängig! In dieser Banknotenfälscheraffäre war eine ganze Kette von Strafverfahren anhängig, die niedergeschlagen worden sind. Damals sind also eine ganze Reihe von Strafverfahren niedergeschlagen worden und die Bundesregierung hätte um so eher den Standpunkt einnehmen können, dass solche Dinge nicht mehr Gegenstand einer Untersuchung zu sein haben. Die Regierung hat damals den Standpunkt nicht eingenommen, weil ^{es ihr} offenbar politisch erwünscht war, dass die Untersuchung in Graz geführt wird, wie es ihr jetzt politische unerwünscht ist. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Dass diese Untersuchung geführt wird. Dass ist der Grund, warum man jetzt ein anderes Verhalten an den Tag legt als gegenüber dem Landtag von Steiermark. Gerade der Polizeibericht hat gezeigt, dass hier Dinge enthalten sind, die einer Untersuchung und Richtigstellung bedürftig haben. Aber die Polizei hat die Aufklärung über alles verweigert. Wir haben im Untersuchungsausschuss die Frage geprüft, ob am Morgen des 15. Juli alles was die Polizei für nötig halten musste, vorgekehrt war. Im Ausschuss haben wir gehört, dass an Tagen, an denen im Parlament gar nichts los ist, eine sogenannte Parlamentsbereitschaft der Polizei von 150 Mann immer vorhanden war während am 15. Juli bloss 67 Mann für die Ringstrasse bereitgehalten waren. Wir haben die Polizei gefragt, ob das richtig ist, sie hat darauf die Antwort verweigert. Und die Regierung hat die Verweigerung dieser Antwort anbefohlen.

Es wäre grundsätzlich etwas ganz anderes gewesen, wenn die Polizei erklärt hätte, diese oder die andere Frage wolle sie aus bestimmten Gründen nicht beantworten. Sie hat aber erklärt, dass sie gar keine Frage der Untersuchungskommission beantworten will. Dabei ist so vieles aufklärungsbedürftig. Die Polizei hat beispielsweise dem Untersuchungsausschuss mitgeteilt, dass am 15. und 16. Juli 586 verwundete Sicherheitswachleute gezählt wurden. Am selben Tag an dem uns diese Mitteilung gemacht wurde, ist das Organ "Die öffentliche Sicherheit", das im Hause der Polizeidirektion hergestellt wird, also gewiss als offiziell gelten darf, erschienen und dort ist nur von 424 verwundenen Sicherheitswachleuten die Rede. Dass die Polizei an ein und demselben Tage solche verschiedene Angaben macht, gibt doch zu denken. Die Kommission hat an die Polizeidirektion eine Anfrage gerichtet, welches Verzeichnis das richtige ist. Auch darauf hat die Polizei die Antwort verweigert. Das ist eine Bagatelisierung des Wiener Gemeinderates, der Wiener Volksvertretung. Die andere Frage, die die Kommission an die Polizeidirektion gerichtet hat, bezog sich auf ausserordentlich wichtige Dinge. Es ist in der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei der Vorwurf erhoben worden, dass man - und das war nicht vor dem Justizpalast - auf fliehende Menschen geschossen hat, dass Leuten die nichts anderes getan haben, als Pfui gerufen, beschossen wurden, dass man aus schnellfahrenden Autos auf Menschen in den Strassen Wiens geschossen hat. Alles sicherlich Dinge, die der Aufklärung bedürftig sind. Die Polizei hat aber jede Antwort verweigert. Die Kommission hat auch die Frage aufgeworfen, nach welcher Vorschrift die Polizei beim Schiessen vorgegangen ist. In der Monarchie gab es für das Militär eine Vorschrift bei Assistenzen, in der genau dargelegt war, unter welchen Umständen von der Waffe Gebrauch gemacht werden durfte. Diese Vorschriften hat man in der Staatsdruckerei zu kaufen bekommen, jedermann konnte sie lesen. Man hat die Polizei gefragt, ob sie eigene Vorschriften über den Gebrauch der Schiesswaffe hat und wenn nicht, nach welchen Grundsätzen sie von der Schiesswaffe Gebrauch gemacht hat. Auf all das verweigerte die

Polizeidirektion die Antwort. Die Bevölkerung darf nicht wissen, unter welchen Umständen die Polizei in den Strassen von Wien von den Waffen Gebrauch machen darf. Das alte Militär hat diese Vorschriften öffentlich aufgelegt, die Polizei meint, das sei eine innere Angelegenheit, die niemand etwas angeht. Gegen die Polizei ist auch ein schwerer Vorwurf erhoben worden: Am 15. Juli soll sie Scheibenschussmunition verwendet haben. Die Polizei hat in dem Bericht an die Untersuchungskommission mitgeteilt, das sei nicht wahr. Demgegenüber liegt eine ganze Reihe von Indizien vor, die das Gegenteil beweisen. Es sind solche Geschosse in den Strassen gefunden worden. Gewiss ist das noch kein Beweis, dass die Polizei sie benützt hat, aber es ist ein Indiz. Die Soldaten im Parlament haben Scheibenschussmunition herumgezeigt, die sie von Polizisten erhalten haben.

GR. Preyer (E.L.): Erzählen Sie das der Sopharl vom Naschmarkt! (Unruhe).

Dr. Danneberg: Nein, das erzähle ich Ihnen! Ich habe gar keinen Grund an der Aussage, die zwei Soldaten vor dem Untersuchungsausschuss gemacht haben, zu zweifeln. Diese Soldaten haben angegeben, dass der Major, der im Parlament untergebrachten Abteilung der Wehrmacht, um sie zu beruhigen, erklärt hat, dass seien keine Dum-Dum-Geschosse, sondern Scheibenschusspatronen.

GR. Dr. Kolassa (E.L.): Das war aber schon am 17. Juli!

Dr. Danneberg: Ich sage immer, dass es sich hier um Indizien handelt. Die Polizeidirektion hat selbst gegenüber ausländischen Journalisten erklärt, dass solche Munition verwendet wurde. Da genügt es nicht, dass dann einfach alles abgeleugnet wird, sondern man müsste feststellen, wer bei der Polizei diese Aeusserungen gemacht hat. Wir haben gesehen, wie der Hofrat Taus in der Neuen Freien Presse sich selber über diese Dinge geäußert hat. In einer vor dem Kraker Polizeibeamten gehaltenen Rede hat der Hofrat Skubel von der Polizeidirektion erzählt, dass solche Scheibenschusspatronen verwendet worden sind. Wir haben auch gehört, dass in der Polizeikaserne Favoriten bei der Entladung Scheibenschussmunition aus den Wewehren herausgenommen wurde. Wenn das alles nicht ausreichende Indizien sein sollen, dann weiss ich überhaupt nicht, was Indizien sind. Das müsste wohl untersucht werden.

GR. Höppeler (E.L.): Dazu sind andere Organe da!

Dr. Danneberg: Ja, die anderen Organe untersuchen aber nicht!

GR. Gschladt (E.L.): Das ist eine unerhörte, bewusste Verleumdung! Herr Doktor, Sie sind ein bewusster Verleumder!

Es entsteht grosser Lärm. Die Mitglieder der Mehrheit rufen ununterbrochen: Frechheit! GR. Gschladt ruft: Er soll die Verleumdung widerrufen! Dann kann er weiter referieren! Das ist eine Schande für den Gemeinderat!

Der Bürgermeister läutet ununterbrochen und ersucht um Ruhe. Er ruft dann den GR. Gschladt wegen des unqualifizierten Ausdruckes zur Ordnung. Die Christlichsozialen protestieren lärmend gegen diesen Ordnungsruf. GR. Gschladt ruft, als etwas Ruhe eingetreten ist: Herr Bürgermeister, rufen Sie den bewussten Verleumder zur Ordnung!

Dieser Zwischenruf entfesselt neuerlich heftige Lärmenszenen auf beiden Seiten. Als etwas Ruhe eingetreten ist, ruft Bürgermeister Seitz den GR. Gschladt zum zweitenmal zur Ordnung.

GR. Kunschak: Herr Bürgermeister, warum haben Sie das in der letzten Sitzung nicht gegenüber dem Stadtrat Breitner getan? Der hat dasselbe Wort gebraucht!

Die Christlichsozialen rufen: Das ist der unparteiische Vorsitzende! Von der Mehrheit wird niemand zur Ordnung gerufen. Es gibt

kein Verhandeln, bis nicht auf der Referent zur Ordnung gerufen wird.

Der Bürgermeister versucht längere Zeit vergeblich die Ruhe wieder herzustellen. Er ersucht die Minderheit die Lärmenszenen zu beenden, damit er ihren Klubobmann antworten kann. Als der Lärm sich ein wenig gelegt hat, sagt Bürgermeister Seitz: Der Gemeinderat Kunschak hat an mich eine Anfrage gerichtet, ob ich auch ein anderes Mitglied des Hauses, das sich unqualifizierten Rufes schuldig gemacht hat, zur Ordnung rufen will. Ich stelle fest, dass ich das immer tue. Wenn es einmal vorgekommen sein sollte, dass ein Mitglied des Gemeinderates einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht hat, der keine Zurückweisung durch den Vorsitzenden erfahren hätte, so kann das nur darauf zurückzuführen sein, dass man von diesem Platze nur ein allgemeines Geschrei und nicht einzelne Rufe gehört hat. Das von mir jetzt gerügte Mitglied des Hauses hat aber offenbar nicht nur das Bedürfnis gehabt seiner Entrüstung durch einen derben Zwischenruf Ausdruck zu geben, sondern es hat diesen Ausdruck fünf- bis sechsmal wiederholt. Ich war daher diesmal in der Lage den Ausdruck zu hören und habe ihn sofort gerügt.

Dr. Danneberg: Zur Minderheit gewendet: Sie werden mir nicht vorschreiben, was ich hier zu sagen habe. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, grosser Lärm bei der Minderheit! GR. Angermayer (E.L.) ruft: Das schreibt der parlamentarische Anstand vor!

Dr. Danneberg: Den müssen Sie erst lernen! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit! Rufe bei der Minderheit: Frechheit!)

Dr. Danneberg: Ich stelle fest, dass im Stadtsenat der Herr Gemeinderat Rummelhardt bei der Behandlung dieser Sache erklärt hat, dass er keineswegs ein ex officio Verteidiger der Polizei sei. Das wurde auch wiederholt von den beiden Mitgliedern der Minderheit im Untersuchungsausschuss gesagt. Es ist daher unverständlich, warum sich die Herren aufregen, wenn ich hier erkläre, dass das Verhalten der Polizei am 15. Juli bisher nicht zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht wurde. Das Gericht kann sich gewiss nicht mit dem Verhalten der Polizei an den kritischen Tagen überhaupt beschäftigen. Aber es könnte sich mit den Delikten einzelner Wachorgane befassen. Obwohl hier konkrete Angaben gemacht worden sind, ist auch das nicht geschehen. Auch das Parlament hat jede Untersuchung abgelehnt und es hat deshalb der Gemeinderat diese Kommission eingesetzt. Es war selbstverständlich, dass die Kommission gegen das Vorgehen der Regierung und der Polizeidirektion protestieren musste. Ein solcher Protestantrag ist dem Gemeinderat vorgelegt und ich bitte um seine Annahme. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz: In der Gemeinderatssitzung vom 22. Juli haben die Gemeinderäte Rummelhardt, Dr. Wagner und Genossen einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem ich ersucht wurde, die Magistratsdirektion zu beauftragen, unverzüglich eine strenge Untersuchung über die am 15. und 16. Juli laufenden Jahres stattgehabten Vorfälle im Rathause, insbesondere ob vom Rathause aus geschossen wurde, (Gemeinderat Kolassa: Dafür sind Zeugen da), einzuleiten und gegen eventuelle Schuldragende mit aller Strenge vorzugehen. Ich habe diesem Ersuchen entsprochen. Aus dem Bericht der Magistratsdirektion geht hervor, dass sich aus keiner der Aussagen, die in den 26 Protokollen festgelegt sind, der geringste Anhaltspunkt dafür ergeben hat, dass aus dem Rathause Schüsse oder auch nur ein einziger Schuss abgegeben worden wären. Es konnte also, soweit es sich um die Vorfälle im Rathaus handelt, nur auf die Untersuchung dieser hat das an mich gerichtete Ersuchen gelautet, bei keinem städtischen Angestellten eine direkte oder indirekte Schuld an den Ereignissen, insbesondere keine provozierende Veranlassung zum Hereinschiessen der Wache in das Rathaus festgestellt werden. Es war somit auch kein Anlass gegeben, gegen städtische Angestellte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu beantragen oder eine Anzeige an das Gericht zu erstatten. Ueber meinen Auftrag ist das gesamte Untersuchungsmaterial der Magistratsdirektion dem gemeinderätlichen Untersuchungsausschuss übergeben und im Berichte dieses Ausschusses verwertet worden.

Der Bürgermeister erteilt nun Stadtrat Rummelhardt das Wort der zu den Berichten des Gemeinderates Dr. Danneberg ausführt: Ich muss sagen, dass wir uns bei der Aufmachung des Untersuchungsausschusses vom Bericht mehr erwartet haben. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, dass der Untersuchungsausschuss ungesetzlich ist, den Bestimmungen der Bundesverwaltung und der Gemeinde nicht entspricht und dass er nicht in der Lage ist, die ^{ihm} zugewiesene Aufgabe tatsächlich durchzuführen. Wir haben wiederholt beantragt, die Kommission, die ungesetzlich stand aufzulösen. Ich frage heute den Gemeinderat: Sie haben den Bericht gehört, wissen Sie nun ein Resultat: Sind Sie zu einem Schluss gekommen? Danneberg hat auf die Zeugen verwiesen, die in ihrem Parteisekretariat einvernommen wurden. Sie wollten uns ^{ihm} zu einer Anschauung bringen, dass diese Zeugen glaubwürdiger sind als die Zeugen vor der Polizei. Zu dieser Anschauung werden Sie die Öffentlichkeit nicht bringen. Was kann einem schon geschehen, wenn er das Parteisekretariat anlügt. Wenn er aber bei der Polizei lügt, wird er eingesperrt. Das ist ein Unterschied und auch der Unterschied zwischen den Zeugenaussagen bei der Polizei und beim Parteisekretariat. Der Bericht der Polizei ist kein Bericht an die Kommission, denn sonst hätte sie die Kommission anerkannt. Der Bericht des Polizeipräsidenten ist der Bericht an den Präsidenten des Wiener Landtages. Das ist ein grosser Unterschied. Die Polizei ^{muss} dem Präsidenten des Wiener Landtages, der eine verantwortungsvolle politische Persönlichkeit ist, Aufklärung geben. Daher ist es falsch, wenn Dr. Danneberg gesagt hat, die Polizei habe der Wiener Volkvertretung die Aufklärung vorenthalten. Der Bericht der Polizei ist 113 Seiten stark und das ist wohl eine sehr ausführliche Berichterstattung. Wenn die Polizei der Kommission, die wir rechtlich war, Berichterstattet hätte, hätte sich die Polizei ^{blamiert}, so aber hat sich der Ausschuss blamiert. Im Polizeibericht sind die Verfehlungen der Exzedenten dargestellt und auch was der Schutzbund gutes, aber auch schlechtes getan hat. Der Schutzbund, der sich republikanischer Schutzbund nennt. Wenn sich aber Mitglieder des Schutzbundes hergegeben haben, bei Brandgefahr Schläuche zu durchschneiden und sich an Plünderungen zu beteiligen, so ist das kein Schutzbund mehr, sondern ein Spartakusbund. Wenn Dr. Danneberg im beleidigenden Ton gemeint hat, er lasse sich nicht vorschreiben, was er zu sagen habe, so sage ich ganz offen, dass ich mir die Freiheit nehme, zu sagen, was ich für Recht halte. Der Untersuchungsausschuss war eine Komödie (Rufe bei der Minderheit: Sehr richtig!). Die Bevölkerung ist interessiert zu wissen, wie es zu den Plünderungen und zu den Ereignissen gekommen ist und wer der Hauptschuldige daran ist. Sie wollten den Wienern plausibel machen, dass die Polizei daran schuld ist, weil sie auf unschuldige Bürger hineingeschossen hat. Das glauben Ihnen nur die wenigen, die es glauben müssen, sonst aber auf der ganzen Welt kein Mensch. Als in der Hörlgasse seinerzeit geschossen wurde, da hat man dann später nicht gelesen, welche Vorschriften für den Waffengebrauch bestehen, wer der Schuldige ist. Nichts hat man gelesen. Und damals ist auf Befehl der sozialdemokratischen Regierung geschossen worden. Die Republik war damals in Gefahr und alle Massnahmen mussten ergriffen werden, um die Gefahr ^{war} abzuwenden. Auch jetzt die Republik in Gefahr und wir danken der Regierung, wir danken Dr. Seipel und dem Polizeipräsidenten für alle getroffenen Massnahmen. (Stürmischer Beifall bei den Parteien der Einheitsliste, tosende Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Sie sagen, dass die Polizei die Exzedenten zum Exzedieren gereizt haben. Ich aber sage Ihnen, dass Ihre Partei, Ihre Blätter und Ihre Redner, die ganz auf den Ton des Dr. Danneberg eingestellt sind, die leichterregbare Masse aufgereizt haben, dass Sie seit Jahr und Tag die Nichtachtung der Behörden predigen. Wenn Sie ^{daher} für die Blutopfer Sühne verlangen, so muss die sozialdemokratische Partei diese Sühne geben. Der Redner bespricht nun die Beteiligung städtischer Angestellter an den Juliereignissen und erklärt, dass Straßenbahner und Elektrizitätsarbeiter mit allen möglichen Instrumenten ausgerückt sind, was ganz Wien gesehen hat. Ich war selbst Zeuge, wie ein Elektrizitätsarbeiter, der ein Bergmannsrohr bei sich hatte, weil er ein Auto

aufgehalten hatte, verhaftet und verhört wurde. Auf die Frage, wieso er denn dazu komme, ein Auto aufzuhalten, sagte er es sei ihm das angeschafft worden. Auf die Frage, von wem, sagte er, von unseren Herren in der Mariahilfengasse. Und schließlich sagte er, dass der Betriebsrat die Leute ganz "geppert" gemacht habe. Das ist der Geist, der sich in den städtischen Betrieben eingenistet hat und der zu solchen Exzessen führen musste. Wenn diese Leute nicht bestraft werden würden, würden sie nicht zur Raison gebracht werden, dass sie Unrecht begangen haben. Diese Fälle sind aber nicht Strafen, sondern nur Besserungsmittel, die Sie gegen die Verführung durch Ihre Genossen feien sollen. Dr. Danneberg hat gemeint, dass die Gerichte keine Aufklärung geben können und dass sie nur Einzelfälle behandeln können. In jedem Einzelfall aber erfährt man, was die Wache getan hat und was der Exzedent getan hat. Diese Einzelfälle bilden ein Mosaik. Der Redner kommt nun auf den Vorwurf gegen die Polizei zu reden, wonach Polizeioffiziere Wachleute aufgereizt haben sollen. Bundesrat Schabas musste zugeben, dass er nicht diesen Eindruck habe und auch Ihr Genosse Körner, der ehemalige kaiserliche und königliche General, den Bluturteile unterschrieb und der als einer der strengsten Militaristen bekannt ist, hat erklärt, ich gebe der Polizei keine Schuld, die Polizei sei an den Ereignissen unschuldig. Die Aussagen Körners vor dem Untersuchungsausschuss waren so ein Klagegedicht, dass er nicht mehr Amtsdirekt or in Heeresministerium ist. Er hat erklärt, das Militär ist desorganisiert und er hat angedeutet, wie er es besser machen könnte. Dazu will ich nur sagen, dass mir das Militär ^{unter} Vaugin tausendmal lieber ist als unter Körner. Er war Hauptzeuge darüber, dass das Heer hätte früher herangezogen werden müssen. Er hat vergessen zu sagen, dass es der Bürgermeister war, der die Inanspruchnahme des Heeres solange verzögert habe, bis es beinahe zu spät gewesen wäre. Dr. Danneberg hat auch gemeint, dass die Polizei Dumme Dummgewosse verwendet hätte. Am 17. Juli soll angeblich ein Wachmann Soldaten im Parlament, die dem Militärverband angehören, Dumme Dummgewosse übergeben haben. Trotz einer strengen Untersuchung bei der Polizei wurde dieser Wachmann nicht gefunden und deshalb erklären wir, dass wir an diesen Wachmann nicht glauben. Wir glauben vielmehr, dass entweder sozialdemokratische Wehrleute die Patronen gefunden haben und jetzt damit die Polizei hineinreiten wollen. Es wurde auch plötzlich darüber nichts mehr geschrieben und so war das ganze ein misslungener Versuch, die Polizei zu vernadern. Danneberg hat gemeint, die Untersuchung sei vereitelt worden, weil sie der Regierung unangenehm war. Die Regierung war über die Ereignisse empört und entsetzt und konnte nicht annehmen, dass so ein unreifer Geist in der sozialdemokratischen Partei waltet. (Beifall bei der Minderheit). Stadtrat Rummelhardt kommt nun auf das Schrattendorfer Urteil zu sprechen und erklärt, dass sich die Bevölkerung nicht über den Freispruch Wimpfingers und auch nicht über den Freispruch der Grosavecu aufgeragt habe. Nur beim Schrattendorfer Prozess soll sich die Bevölkerung aufgeregt haben. In diesem Prozess waren sechs Geschworne Arbeiter und zwei waren Angestellte. Von einem Klassenurteil kann daher keine Rede sein.

Logischer Weise müsste Ihr nächster Schritt eigentlich sein, die Aufhebung der Geschwornengerichte zu verlangen. Das getrauen Sie sich selbstverständlich nicht. Sie unterwühlen jede Autorität, Sie untergraben auch die Berechtigung der Geschwornengerichte, wenn es Ihnen den politischen Kram passt. (Lobhafte Zustimmung bei der Minderheit). Bei Ihnen ist alles Parteipolitik Sie machen vor keinem Richter, vor keinem Staatsanwalt, vor keinem Minister, vor keiner Regierung Halt, wenn es Ihre Parteipolitik verlangt, oder wenn es sich die Radikalen und Phantasten unter Ihnen einbilden, die die Welt nicht verstehen. Jeder Zeitungsartikel jede Rede von Ihnen, jede Aufhetzung gegen eine republikanische Behörde war ein Schritt zu diesen Ereignissen und hat in allen diejenigen, die das auf dem Gewissen haben, an den Ereignissen schuld gemacht. Das sagen nicht nur die Christlichsozialen und die Grossdeutschen, das sagte unsere ganze Bevölkerung. (Lobhafter Beifall bei der Einheitsliste. - Stürmischer Wider-

Spruch bei der Mehrheit). Dr. Danneberg hat es gerügt, dass die Vorbereitungen der Polizei am 15. Juli nicht genügend waren. Die Polizei hat bereits am 14. abends durch ein Zirkulartelegramm die Kommissariate verständigt, sie mögen sich bereit halten. Ausserdem waren in der Nähe des Parlamentes und des Ring, nicht wie Sie sagen 67, sondern 300 Wachleute konsigniert (Hört! Hört! bei der Einheitsliste), selbstverständlich waren diese Wachleute nicht sichtbar. Sie selbst verlangen immer, dass sich die Polizei bei Demonstrationen nicht zeigt. Die Untersuchung des Magistratsdirektors scheint nicht sehr sorgfältig geführt worden zu sein. Sonst müsste festgestellt worden sein, dass Schutzbundeleute im und vor dem Rathause exzediert haben und dass städtische Angestellte, statt in ihren Büros ihre Pflicht zu erfüllen, auf die Strasse demonstrieren und exzedieren gegangen sind. Natürlich, wenn man 26 Angestellte vernimmt, werden sie nicht sagen, dass sie exzediert haben. Diese Art der Untersuchung des Magistratsdirektors, über die Vorgänge im Rathaus, weisen wir auf das entschiedenste zurück. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Wir haben uns von vorneherein auf den Stadtpunkt gestellt, die Ereignisse selbst, die Brandschätzungen und Exzesse brauchen nicht languntersucht zu werden. Die Ruine des Justizpalastes werde noch jahrelang von diesen Ereignissen Zeugnis ablegen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste. - Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Die Toten sind die Zeugen! Nicht der Justizpalast!) Wenn Ihnen die Ruinen zuwider sind, was ich Ihnen nachfühle, wenn Sie erinnern Sie ja stündlich an Ihre Schande, gebe ich Ihnen den guten Rat, bauen Sie den Justizpalast auf, aber nicht aus Gemeindegeldern, sondern aus den Geldern der sozialdemokratischen Partei, die die Schuld an dem Brand des Justizpalastes hat. (Stürmischer Beifall bei der Einheitsliste. - Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit). Die Brandlegungen bei der Reichspost und bei den Neuesten Wiener Nachrichten erinnern sehr an die Taten von Faschisten, die Sie so sehr hassen. Als das Redaktionspartei Ihrer Partei von den Faschisten in Brand gesetzt wurde, waren Sie darüber sehr entsetzt. Dort verdammten Sie, aber in Wien wollen Sie sich der oppositionellen Blätter entledigen, indem Sie einfach ihre Häuser anzünden lassen. Es ist ganz unsinnig, wenn Sie in Ihren Zeitungen schreiben, eine gütliche Einflussnahme auf die Massen hätte genügt, es sei gar nicht notwendig gewesen zu schießen. Fragen Sie Ihren Kollegen Hellmann, der in der Polizeiwachstube in der Liechtenfelsgasse die Exzesse mitgemacht hat und auf die Aufforderung der Polizei, er möge die Leute beruhigen, erklärt, er könne nichts machen, sondern er hat sich in eine Privatwohnung zurückgezogen. Ich verüble ihm das nicht, denn es ist nicht seine Aufgabe, sich von den eigenen Parteigenossen erschlagen zu lassen. Aber es ist auch nicht dem Bürgermeister Seitz, auch dem Präsidenten des Stadtschulrates und nicht einmal dem Generalisimus des republikanischen Schutzbundes Dr. Deutsch gelungen, die Leute auf gütlichem Weg zu beruhigen. Ihre Rezepte führen nicht zur Heilung der Krankheit. Ihre Mittel haben versagt. Wenn eine rote Regierung und ein anderer Polizeipräsident gewesen wäre und es wäre die Flamme des Aufruhrs lichterloh zum Himmel aufgestiegen, die hätten nicht um ein Jota anders handeln können und dürfen. (Stürmischer Beifall bei der Einheitsliste). Ueber die Anträge der Minorität sollten Sie ein bisschen nachdenken. Wenn Ihre Angaben, dem Bundeskanzler Seipel, dem Polizeipräsidenten, namentlich aber der Polizei selbst den Dank des Gemeinderates auszusprechen, (Stürmischer Anhaltender Widerspruch und Pfuirufe bei der Mehrheit) dann kommt mir vor, dass Sie nicht nur als Verwalter der Stadt Wien es höchst notwendig hätten, der Polizei zu danken, (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste. - Erneute stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit) dass Ihr Eigentum geschützt wurde. Denn wenn der Aufruhr die Oberhand gewonnen hätte, dann wären nicht die Polizeileute auf den Kandelabern gehängt, sondern Ihre Führer.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste. - Klatschen bei der Mehrheit). Wie recht ich habe, können Sie schon daraus ersehen, dass es Ihre Führer bei diesen Exzessen nur der Wiener Polizei zu danken haben, dass sie gesund und heil aus der Menge herausgekommen sind. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). An Erwägung aller dieser Umstände lehnen wir es ab, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Der Redner verliest sodann die Anträge der Minderheit. Die Verlesung des Punktes 1, womit dem Bundeskanzler anerkennenden Dank ausgesprochen wird, wird von den Parteien der Einheitsliste mit stürmischem Beifall und Händeklatschen und mit Hochrufen begleitet. Wir haben, schliesst der Redner, mit unseren Anträgen den gebührenden Dank an jene Ordnungselemente ausgesprochen, die in der Stadt Wien die Ordnung wieder hergestellt und es ermöglicht haben, dass in der Gemeinde wieder ein geordnetes Leben möglich ist. Das waren Sie zu leisten nicht imstande. Wenn Sie als regierende Majorität sich dieser Dankesschuld ent schlagen, die gesamte Bevölkerung straft Sie Lügen und ist der Bundesregierung und der Polizei bis ins Innerste des Herzens dankbar. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, sowie Hochrufe bei der Einheitsliste. - Der Redner wird beglückwünscht. - Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten).

GR. Kunschak (E.L.) bringt vor, dass Stadtrat Weber dem Gemeinderat geschludt die Worte "gemeiner Aertl" zugerufen habe. Es verlangt dafür die Erteilung des Ordnungsrufes an Stadtrat Weber.

Vorsitzender GR. Linder bemerkt, bei dem zeitweise herrschenden Lärm sei es leicht möglich gewesen, einzelne Zwischenrufe zu überhören. Er werde sich das stenografische Protokoll vorlegen lassen.

GR. Dr. Kolassa (E.L.) verweist auf die Feststellung des Vorsitzenden der Untersuchungskommission in der ersten Sitzung dieser Kommission, es sei der Zweck des Ausschusses, der Öffentlichkeit eine amtliche Mitteilung über die einzelnen Verfälle, deren Ursachen und Zusammenhänge zu geben, und bemerkt, die Christlichsozialen Vertreter im Ausschusse hätten sofort aufmerksam gemacht, die Kommission werde diesen Zweck nie erreichen können, da sie zur Untersuchung überhaupt nicht kompetent sei. Der Vorsitzende der Kommission hat ihr sechs Detailfragen vorgelegt. Die Kommission sollte zunächst feststellen, wie sich die Ereignisse am Ring bei Beginn der Demonstration abgespielt haben. Wir haben da verschiedene Zeugnisaussagen und Zuschriften gehabt. Aber wir konnten keine Klarheit gewinnen, weil die Kommission gar nicht die Möglichkeit gehabt hat, die einvernommenen Zeugen zur Wahrheit zu verhalten. Wir sind ja keine Untersuchungsrichter, die die Aussagen der Zeugen zu werten wissen. Wir haben nicht die Erfahrungen, um unterscheiden zu können, was daran wahr und unwahr ist. Man hat übrigens die Zeugen überall zusammengesucht. Präsident Danneberg hat uns mitgeteilt, dass die sozialdemokratische Partei sehr bald nach den Ereignissen vom 15. Juli fünf Rechtsanwälte mit der Einvernahme von Zeugen betraut hat. Die sozialdemokratische Partei hat durch Ihre Bezirksorganisationen Aufforderung ergehen lassen, es mögen sich Leute, die Zeugnisaussagen machen können, bei diesen Anwälten melden. In der Kommission haben Zeugen über dieselben Dinge verschieden ausgesagt. Wir hatten gar keine Möglichkeit, Wahres vom Unwahren zu scheiden. Wenn der Zeuge die Unwahrheit sagt, und ihm das nachgewiesen ist, wird er bei einer gerichtlichen Kommission zur Verantwortung gezogen. Wir hatten aber dazu kein Recht. Die zweite Frage war, ob die Assistenzvorschriften beachtet worden sind. Der Vorsitzende der Kommission hat da erklärt, dass wenn nur festgestellt wird, dass die Polizei Scheibenschussmunition verwendet hat, dann hätte sie schon ihren Zweck erfüllt. Auch hier muss festgestellt werden, dass diese Verwendung niemals erwiesen wurde. Am 17. Juli, also zwei Tage nach

den Ereignissen, soll ein Wehrmann von einem Polizisten sechs Magazine Scheibenschussmunition erhalten haben. Am 15. Juli wurde die Waffenhandlung Barth geplündert und nachher festgestellt, dass dort 600 Stück Scheibenschussmunition weggenommen sind.

GR. Rausnitz (Soz. Dem.): Wollen Sie behaupten, dass die Wachleute geplündert haben?

StR. Bammelhardt (E. L.): Der Wachmann existiert ja gar nicht!

GR. Rausnitz: Existiert der Major Stanhartinger auch nicht? Wer hat doch das Militär bezüglich der Scheibenschussmunition beruhigt!

GR. Dr. Kolassa: Wie der Wachmann zu dieser Munition gekommen ist, wird nie aufgeklärt werden, weil der Mann nicht gefunden wurde.

GR. Rausnitz: Gewiss, weil man ihn nicht finden wollte.

GR. Dr. Kolassa (E. L.): Die Verwendung von Scheibenschussmunition ist also in keiner Weise nachgewiesen. Im Gegenteil. Einstimmig haben sämtliche Kliniken und Spitäler ohne Aufforderung mitgeteilt, dass die eingelieferten Verwundeten keine Verletzungen aufwiesen, die durch solche Geschosse entstanden wären. Die weitere Frage lautete: Sind die Greuellegenden richtig? Aber auch diese Frage ist vollständig ins Wasser gefallen. Auch die Frage, ob aus dem Rathaus geschossen worden ist, konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Der Bericht, der uns darüber vorgelegt wurde, ist einseitig. Der Mehrheit liegt einzig und allein alles an der Feststellung, dass die Polizei die Schuld hat, weil sie geschossen hat. Aber die Polizei hat sich vorher an den Landeshauptmann mit dem Ersuchen um Militärassistenten gewendet. Diesen Ersuchen wurde nicht stattgegeben. Wenn daher die Polizei, nach dem alle diese Ersuchen abgewiesen worden waren, zu einer Waffe gegriffen hat, die sie sonst nicht verwendet, so ist einzig und allein an dem Blutvergiessen der Landeshauptmann von Wien schuld. (Beifall bei der Minderheit). Auch Bundesrat Körner hat festgestellt, dass früher, wenn das Militär aufmarschiert ist, die Ruhe rasch hergestellt wurde. Aber das ist solange verhindert worden, bis Blut geflossen ist. Das Blut fällt daher nicht auf die Polizei, sondern auf jene, die es verhindert haben, dass Militär ohne Waffengewalt rechtzeitig Ordnung gemacht hätte. (Beifall bei der Minderheit).

Es konnte also das Ziel dieser Kommission nicht erreicht werden. Sie sagen, weil die Polizei keine Antwort gegeben hat. Aber die Polizei hat ja nur einer Behörde zu berichten, die verfassungsmässig berechtigt ist, Berichte zu verlangen. Die Polizei hat das sofort festgestellt und der Kommission keinen Bericht, sondern dem Präsidenten des Landtages eine Darstellung geschickt. Auch das Bundesministerium für Heerwesen hat jede Mitteilung abgelehnt. Das Ergebnis der Untersuchungskommission ist tatsächlich eine Blamage und nach all den Anstrengungen, die Sie gemacht haben, ist es Ihnen nicht gelungen, der Polizei die Schuld beizumessen. Der Antrag der Mehrheit ist sehr schwach. Aus der mit so grossen Worten angekündigten Untersuchung ist nichts geworden. Wenn die Bevölkerung jetzt sagt, dass alles nur eine Komödie war, dann dürfen Sie ihr das nicht übel nehmen. Sie wollten nur das tun, was Ihre Klätter schon vorher getan haben. Sie wollten die ganze Wut der Bevölkerung auf die Polizei schieben. Schuld sind Sie, weil Sie die Bevölkerung aufgeregt und aufgehetzt und sich dann zurückgezogen haben. Der Referent hat erklärt, dass die gemeinderätliche Untersuchung gemacht werden musste, weil die Behörden sie nicht machen. Die Polizeidirektion hat aber mitgeteilt, dass sie selbst alle die Daten, die ihr

über rechtswidriges Vorgehen der Ordnungsorgane zukommen, bei den kompetenten Behörden zum Gegenstand der Untersuchung machen wird. Das ist einzig und allein die Staatsanwaltschaft. Es muss hier festgestellt werden, dass die Staatsanwaltschaft und die Gerichte in Oesterreich das Vertrauen der Bevölkerung immer gerechtfertigt haben. Zur Ehre der Beamten muss gesagt werden, dass sie niemals vom Wege des Rechtes abgewichen sind. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Gewiss kann in dem grossen Körper der Polizeimannschaft jemand sein, der bei diesen

bewegten Ereignissen den Kopf verloren hat und etwas tat, was er sonst nicht getan haben würde. Das kann vorkommen und soll der Strafe zugeführt werden. Aber es muss gesagt werden, dass die Polizei nicht schuld war, sondern die, die gehetzt haben und die auf dem Boden der Revolution eine Diktatur aufrichten wollten, die sich aber auch gegen sie gerichtet hätte. Wenn daher die Revolution unterdrückt wurde, und es bei der Ruhe und Ordnung geblieben ist, dann verdanken Sie das einzig und allein der Regierung, der Polizei und allen Organen, die rechtzeitig eingegriffen haben, um zu verhindern, dass Ruhe und Ordnung gestört werden. Aus diesem Grund sind auch Sie verpflichtet, unserem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E. L.): Am 22. Juli hatten wir uns, kurz nach den blutigen Julitagen, zum erstenmale öffentlich mit der Besprechung dieser Ereignisse befasst. Die Redner der Minderheit können für sich in Anspruch nehmen, dass sie sich einer eisernen Ruhe beflissen haben, weil sie sich bewusst waren, dass sie eine grosse Verantwortung tragen. Ich habe aber den Eindruck, dass die gesamte Mehrheit sich diese Zurückhaltung nicht auferlegt hat. Was uns heute vorgelegt wird, ist nichts anderes als ein Kolportageroman.

Dr. Danneberg hat behauptet, dass das Verhalten der Bundesbehörden mit der Polizei eine Bagatellisierung des Gemeinderates ist. Ich muss nun die Gegenfrage stellen, ob nicht darin, dass die Untersuchungskommission die ihr gestellte Aufgabe nicht erfüllt hat eine grössere Bagatellisierung des Gemeinderates ist. Die Minderheitsmitglieder haben in der Kommission eine sehr brave Arbeit geleistet und ihre Ergänzungen geben erst den Bericht seine eigenartige Färbung. Der Redner erklärt dann, dass er auf dem Standpunkt steht, dass ein Unternehmen wie die Untersuchungskommission den modernen Grundsatz parlamentarischer Körperschaften widerspricht. (Beifall bei der Minderheit). Seit Jahren machen Sie den Versuch, aus gesetzgeberischen Körperschaften Revolutionstribunale zu bilden. Pflicht der Regierung ist es daher, solchen Versuchen entgegen zu treten. Der Redner erklärt dann, dass die Fragestellung im Bericht äusserst interessant und bezeichnet ist, und führt weiter aus, dass die Kommission nichts anderes als ein reines Parteigericht war. Gemeinderat Dr. Wagner beschäftigt sich eingehend mit einzelnen Details im Bericht und bestreitet, dass in den ersten Vormittagsstunden keine Rohheitsakte der Polizei vorgefallen sind. Der Bericht selbst sagt über den ersten Zusammenstoss, der bei der Universität zwischen Polizei und den Elektrizitätsarbeitern erfolgte, dass er nur eine Episode war. Bezüglich der Behauptung im Bericht, dass die alte geringe Bereitschaft der Polizei unglückselig gewirkt habe, erklärt der Redner, dass er dieser Behauptung vollkommen recht gebe. Wenn aber jemand die Versuche zu einer Machtputsch geahnt hätte, wäre die Bevölkerung nicht unvorbereitet angetroffen worden. Sie sagen, wenn die Polizei massiert gewesen wäre, wäre die Masse zurückgeschreckt. Im Gegensatz dazu steht aber die Ablehnung der Militärassistenten durch Bürgermeister Seitz. Gemeinderat Wagner

beschäftigt sich dann mit der Aussage des Generals Körner, der erklärte, dass die Aufstellung von Maschinengewehren auf die Bevölkerung gar keine Wirkung gehabt hätte. Der Bericht zeigt die einseitige Tendenz, der Polizei alle Schuld zu geben. Wir können uns dazu nicht hergeben, das treue Wachtkorps, dem Oesterreich seine Rettung verdankt, noch mehr in den Schmutz zerren zu lassen. Die Sache steht nun so, dass der Tag, der ein Urteilstag über die Wiener Polizei werden sollte, ein Ehrentag für die Polizei, für den Polizeipräsidenten und für den Bundespräsidenten geworden ist. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit, Entrüstung und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Der Redner liest sodann den Leitartikel der Arbeiter-Zeitung vom 17. Juni 1919 vor, der die Ereignisse in der Hörlgasse behandelt und stellt fest, dass damals ein hohes Loblied auf die Wache gesungen wurde. (Die Sozialdemokraten rufen dem Redner zu: Damals hat aber der Schober keinen Orden bekommen!). Der Redner schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, dass im Hinweis auf ihre Haltung im Jahre 1919 die Mehrheit nicht das Recht habe, sich über die Polizei zum Richter aufzuspielen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit, Unruhe auf der rechten Seite des Hauses).

Nun ergreift Gemeinderat Stein (soz. dem.) das Wort pro. Er führt einleitend aus, dass die Bevölkerung mit berechtigter und begründeter Spannung die Erstattung des Berichtes erwartet habe. Dies um so mehr, als sich die Ereignisse rasch entwickelt haben, als die Bürgerblockregierung und die Mehrheit dieses Saales sich nicht bloss zum Ankläger, sondern auch zum Richter über den 16. Juli aufgespielt haben und die Anklage erheben nicht gegen Einzelfälle sondern gegen die sozialistische Bewegung. Die weiteren Ausführungen des Redners werden wiederholt von Lärmenszenen unterbrochen, so dass viele Ausführungen des Gemeinderates Stein im Lärm untergehen. Sie haben ein hohes Lied auf die Gerichte gesungen. Seit wir aber von Dinghoferschen Schöffengerichten gehört haben, können wir darin nicht einstimmen. Es ist gut, dass seit den Ereignissen am 16. Juli bis heute beinahe drei Monate verstrichen sind, denn sonst hätte die Bevölkerung angesichts des bewussten Mordes an nahezu 90 Menschen die erforderliche Rache nicht aufgebracht. Wenn Sie eine Erklärung der Ereignisse des 15. Juli haben wollen, lesen Sie die Geschichte der Kriegsjahre. Es waren Auswirkungen der Kriegsmoralität, der Kriegspsychose. Auch anlässlich eines anderen Justizmordes hat sich in den letzten Wochen Ähnliches abgespielt. Auch Ihre Presse hat ja Geschwornenurteile der letzten Zeit kritisiert, so dem Grosvescu und das Wimpasingerurteil. Allerdings sehr salomässig. Die breiten Volksmassen sind nicht gewöhnt auf Parketten zu gehen, sie führen eine Sprache Klobik, und kantig, aber ehrlicher als es Ihre Sprache ist. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Es war eine Aufblähung des Rechtsgefühls in einer Form, die wir vom ersten Moment an nicht akzeptiert haben. Die Demonstration war nicht nach sozialdemokratischen Methoden gemacht. Brandstiftung und dergleichen gehört nicht in das Arsenal der sozialdemokratischen Taktik. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Arbeiterschaft diese Methoden angewendet hat. Aber es ist das unsterbliche Verdienst unser hervorragenden Führers, Dr. Viktor Adler, dass er die Arbeiter gelehrt hat, nur sozialdemokratische Methoden anzuwenden und das hat die Arbeiterschaft in Oesterreichs seit dem Ausnahmezustande auch getan. Wir heissen die Ereignisse nicht gut. Aber revolutionäre Erhebungen haben nicht ihre Paragrafen. Sie waren eine sehr ernste Mahnung nicht nur an uns, sondern auch an Sie, wie die Rechtsauffassungen der vergangenen Jahre nach diesen Veränderungen in den Machtverhältnissen der gesellschaftlichen Klassen noch bestehen bleiben können. Wir sind bemüht aus den Ereignissen zu lernen, Sie wollen aus ihnen Kapital gegen die Sozialdemokraten schlagen. In einer Kreiskonferenz der Hausbesitzervereine in St. Pölten wurde eine Resolution gefasst, in der es heisst, die Hausbesitzerschaft unter dem Einfluss der letzten Ereignisse...

nisse den Zeitpunkt für gekommen, endlich zu den normalen Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückzukehren. (Lebhafte Hör! Hörtrufe bei der Mehrheit). Ein Verein der dem Gemeinderat Wagner sehr nahesteht bedauert in einer Entschliessung, dass die günstige Zeit seit dem Juliereignisse nicht zur Wiederaufrichtung der staatlichen Macht ausgenützt wurde (Erneuerte Hör! Hörtrufe bei der Mehrheit). Sie beschuldigen uns, dass wir die Regierung Seipel stürzen wollten. Der Wunsch die Regierung Seipel zu entfernen, datiert nicht erst seit dem 15. Juli (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Diesen Wunsch praktizieren wir in demokratischer Art, wir brauchen dazu nicht die Methode des Blutvergiessens. Aber dieser Wunsch, in Oesterreich eine volksfreundliche Regierung zu haben, wird von Ihrer Polizei mit dem Tod durch Erschiessen bestraft. Sie scheuen sich nicht heute zu sprechen, nach dem Sie eine Reihe von Blamagen gehabt haben. Haben Sie nicht genug daran, dass Sie vor der russischen Regierung Ihren Kotau machen mussten, weil Sie sie fälschlich beschuldigt haben. Haben Sie nicht genug daran, dass Sie den Kommunisten Fiala, den Sie beschuldigt hatten, den ersten Schuss abgeben zu haben, nach dem Sie in 60 Tage in Haft behalten hatten, nun frei lassen mussten. Sie glauben ja selbst nicht, dass es einen einzigen unter uns geben könnte, der der Regierung und dem Bundeskanzler Dank und Anerkennung aussprechen könnte. Sie wollten mit diesem Antrag die Wiener Bevölkerung nur provozieren. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Ein Bundeskanzler im Priestergewand, der sagt: Keine Milde! kann nicht im Entferntesten Anspruch auf Anerkennung seitens der arbeitenden Bevölkerung erheben (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mehrheit). Ihr Antrag wird dem Bundeskanzler nur die Blamage bereiten, dass nun offenbar wird, dass zwei Drittel der Wiener Bevölkerung ihm nicht nur nicht danken, sondern ihm vollständig misstrauen (Beifall und Händeklatschen). Sie beschuldigen uns, dass wir hier die sozialistische Republik proklamieren wollten (Lebhafte Zwischenrufe bei den Parteien der Einheitsliste und Rufe: Das waltet Ihr auch). Wenn es eine Klasse gibt, die bereit ist, die republikanische Ordnung zu verteidigen, ist es die Arbeiterschaft und ihr nachsagen zu wollen, dass sie die Republik habe stürzen wollen, ist entweder eine bodenlose Dummheit oder eine unerhörte Provokation (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Wir wissen wohl, dass es unter den Wachleuten eine grosse Zahl aufrichter ehrlicher Männer gibt, aber Dankbarkeit oder Anerkennung den Kommandanten, den Leuten aussprechen, die die Verantwortung für die Schieserei tragen, das hiesse, dass wir das tun würden, was Sie getan haben, sich mit diesen Mördern solidarisieren (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Das Ersuchen der Regierung an Herrn Schober hat uns in unserem Urteil über diesen Polizeipräsidenten nicht im geringsten erschüttert. Es war eine Erlösung für die Wiener Bevölkerung als Herr Schober vom Bürgermeister aufmerksam gemacht wurde, dass er das Vertrauen der Wiener Bevölkerung nicht hat und wir sind dem Bürgermeister dankbar, dass er ausgesprochen hat, was hundertausende in dieser Stadt wünschen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. - andauernde Zwischenrufe bei den Parteien der Einheitsliste. - Gemeinderat Rummelhardt: Der Schober steht fest!) Sie verlangen Massnahmen gegen die Verhetzung durch die Presse. Zeigen Sie zuerst, dass Sie vom Herrn Sandor Weiss abzurücken den Mut haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Aber Sie fristen hier und draussen von den Abfällen des Herrn Weiss Ihr Leben, Herr Rummelhardt meint, dass die Ruinen des Justizpalastes noch Jahre vom 15. Juli reden werden. Das scheint Ihr Wunsch zu sein. Ich weiss nicht, ob die Ruinen des Justizpalastes gegen uns als Ankläger auftreten werden, aber ich weiss, dass wir noch lange aus dem Massengrab auf dem Zentralfriedhof die Worte hören werden: "Aus unseren Knochen wird ein Ankläger und ein Rächer entstehen" und vor diesem Ankläger und Rächer hat Ihnen bange zu sein. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Die eigentlich Schuldigen erblickt Herr Rummelhardt, selbst einmal der Vorsitzende der Gewerkschaft der städtischen Angestellten, in den städtischen Angestellten. Und in ihrem Minderheitsbericht und in der Resolution der Gewerkschaft der christlichen und deutschen Angestellten kommt dieser Gedanke noch viel klarer zum Ausdruck. Wollen Sie damit einen Teil der städtischen Angestellten beschuldigen, sie seien Mörder und Plünderer, dann wagen Sie es das offen auszusprechen. Aber dann wieder sagen Sie, die Leute sind dazu verführt worden. Sie haben in Ihrer Resolution einzelne Männer mit Namen denunziert (Stürmische Entrüstungsrufe bei der Mehrheit). Fügen Sie nicht, welche Niedrigkeit in dieser Anklage gelegen ist? Haben das die Angestellten der Gemeinde Wien von Ihnen verdient? Ihren Bemerkungen über die Untersuchungen des Magistratsdirektors gegenüber, fühlen wir uns verpflichtet unserem Antrag folgendermassen zu ergänzen: "Der Gemeinderat nimmt den Bericht der vom ihm eingesetzten Kommission und den Bericht des Bürgermeisters über die vom Magistratsdirektor geführte Untersuchung zur Kenntnis." Redner schliesst mit folgenden Worten: Wir wissen, dass die Toten Opfer sind, die auf dem grossen Felde des Klassenkampfes fielen, weil Sie sie angeblich die Klassenversöhnung haben wollen, den Klassenhass praktizieren. Sie sind die Schuldigen, Sie haben es vor der Geschichte zu verantworten. Wir wollen die Mahnung der Toten als ein Erbe betrachten, alles was arbeitet mit der sozialistischen Auffassung zu erfüllen, damit es stark werde, die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit demokratischen Mitteln zu überwinden und der Menschheit das Glück zu schaffen. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen).

Gemeinderat Pfeiffner (E.L.) wendet sich gegen den Vorwurf des Gemeinderat Stein, dass die Minderheit für die Verhaftung des Kommunisten Fiala verantwortlich sei, indem er darauf hinweist, die Nachricht, dass Fiala den ersten Schuss abgegeben habe, sei zuerst in dem sozialdemokratischen Mitteilungsblatt gestanden. Schon die Unstichhaltigkeit dieses eines Vorwurfes beweise, wie wenig rigoros Gemeinderat Stein bei Erhebung seiner Vorwürfe vorgegangen sei. Wenn man die Ursachen des 15. Juli wirklich hätte feststellen wollen, so hätte vor allem untersucht werden müssen, wie so in unsere Bevölkerung dieser grosse Hass gekommen ist, der schliesslich zu einer solchen Revolte geführt hat. In der Arbeiter-Zeitung ist ununterbrochen der Hass gepredigt worden (Lebhafte Zustimmung bei den Parteien der Einheitsliste). Hätten Sie sich auf den Standpunkt der Volksgemeinschaft gestellt, so wären alle diese Dinge nicht eingetreten. Es hätte auch untersucht werden müssen, wer den Auftrag gegeben hat, den Strassenbahnverkehr zwischen 8 und 9 Uhr einzustellen, da damit die Ereignisse des 15. Juli begonnen haben und insbesondere hätte uns interessiert, wie so Gemeinderat Reismann an die Spitze der demonstrierenden städtischen Angestellten gekommen ist. Die sozialdemokratische Partei hat in der letzten Zeit unzählige schwere Fehler gemacht.

Sie haben einen schweren Fehler gemacht, als Sie die Massen ohne Führung auf die Ringstrasse ziehen liessen. Da mussten Sie sehen, wie leicht Ihnen diese Massen entgleiten. Sie müssen aber auch eingestehen, dass Sie am 15. Juli die Kommunisten viel mehr fürchteten, als uns. Stellen Sie sich nur vor, was geschehen wäre, wenn die Staatsgewalt nicht so energisch eingegriffen hätte, wenn die Unruhen noch einige Tage andauert hätten. Es wäre wohl nicht ausgeschlossen gewesen, dass dann die Nachbarstaaten bei uns einmarschiert wären. Sie haben wiederholt gelacht, als wir vom Schutz der Republik gesprochen haben. Ich kann Ihnen sagen, dass wir ehrliche Republikaner sind, weil wir darin die einzige Möglichkeit sehen, möglichst bald den Zusammenschluss mit der grossen deutschen Republik herbeizuführen.

Sie werden den Referentenantrag annehmen. Aber wenn Sie heute noch Hause gehen, dann lassen Sie sich diese Dinge durch den Kopf gehen. Denken Sie darüber nach, ob es zweckmässig/schon den Kindern den Hass gegen alle Andersdenkenden einzugeben oder ob es nicht zweckmäs-

siger ist, sich mit den übrigen Schichten der Bevölkerung zu vertragen und friedlich zusammenzuleben. (Lebhafte Beifall).

Dr. Danneberg erwidert nun ausführlich auf die von den einzelnen Rednern vorgebrachten Einwendungen. Insbesondere behandelt er die Frage, wie es mit der rechtlichen Grundlage der Kommission beschaffen war. Er verliest den Brief, den er als Obmann der Untersuchungskommission an den Polizeipräsidenten am 26. Juli geschrieben hat und wo er um eine Darstellung der Ereignisse vom 15. Juli und den folgenden Tagen ersucht. Er bezeichnet die Behauptung, dass diese Darstellung nicht an die Untersuchungskommission, sondern an den Präsidenten des Landtages gerichtet sei, als ein Spiel mit Worten. Aus dem Brief ist nirgends der Schluss zu ziehen, dass der Landtagspräsident um eine Darstellung ersucht hätte, weil ausdrücklich darauf verwiesen wird, dass die Kommission erst dann zusammentreten wird, bis der Bericht der Polizeidirektion vorliegt. Der Polizeipräsident hat auch in seinem Begleitschreiben keinerlei Rechtsverwahrung gegeben.

Es ist, sagte Dr. Danneberg, auch davon geredet worden, dass die Kommission ein Uebergriff gewesen sei. Das ist eine Argumentation, die ich nicht begreifen kann. Dass die Gemeinde eine Millionenstadt einen Uebergriff begeht, wenn sie wissen will, warum 89 Menschen in dieser Stadt erschossen worden sind, kann wohl mit Fug und Recht bestritten werden. Der Gemeinderat ist doch keine so Nebensächlichkeits, dass er nicht erfahren dürfe, wie es zu diesem furchtbaren Schiessen gekommen sei. Dass ein Gemeinderat sich einer solchen Argumentation bedient, ist sehr verwunderlich. Der Gemeinderat hat nach der Verfassung das Recht, Kommissionen einzusetzen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn das Parlament eine solche Kommission eingesetzt hätte. Wenn das Parlament den sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission angenommen hätte, dann wäre es weder eine Schande, noch eine Blamage, noch eine Komödie gewesen, wenn wir hier im Gemeinderat auf eine Untersuchung verzichtet hätten. Mit Unrecht wurde hier über die Dürftigkeit des BERICHTES geklagt. Das ist nur das Ergebnis des Verhaltens der Behörde, die es abgelehnt hat, zu antworten. Aber irgendeine Stelle in diesem Staat hätte diese Untersuchung führen sollen. Ich erinnere Sie, dass im alten Parlament wiederholt, wenn Militär in einzelnen Städten zur Waffe gegriffen hat, ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Noch niemals hat sich eine Regierung bei einem solchen Anlass so benommen, wie dies jetzt der Fall war. Statt einer Untersuchungskommission hat man mit einem Lob auf die Polizei, mit einem Ordensregen und mit Remunerationen die Sache abgetan. (Lebhafte Beifall).

Die Minderheit hat sich auch beklagt, dass die Kommission sich nicht mit der Frage beschäftigt hat, wer geplündert und wer gestohlen hat. Aber das sind ja die typischen Fälle für die gerichtliche Untersuchung.

GR. Rummelhardt: Ich habe nach den Schuldigen gefragt!

Dr. Danneberg: Wir haben ja schon im Ausschuss darauf verwiesen, dass es Dinge gibt, die bei Gericht gar nicht untersucht werden können, denn das Gericht kann sich nur mit Einzeldelikten befassen, aber nicht mit dem Verhalten einer Behörde. Diese Untersuchung hätte das Parlament und die Regierung führen müssen.

Stadtrat Rummelhardt hat gemeint, dass die Demolierungen sozialdemokratische Parteiaktionen gewesen wären, obwohl die österreichischen Sozialdemokraten dem Faschismus in Italien verdammen. Derartige Taten sind durchaus und absolut zu verdammen. Die faschistischen Methoden aber sind nicht sozialdemokratische. Auch die Arbeiter-Zeitung hat niemals gefordert, fremde

Neunter Bogen.

Redaktionen zu demolieren. Wenn Sie faschistische Taten verurteilen, so verurteilen Sie sie auch in Ihren eigenen Reihen, denken Sie an die Vorfälle in einem Ort in Oberösterreich, wo ein Schullehrer einfach aus der Schule hinausgeworfen wurde, und sich keine Behörde findet, die dazu Stellung nimmt. Sie haben auch die Ereignisse am 15. Juli so dargestellt, als ob es sich um einen Putsch gehandelt hätte. Lesen Sie den Bericht der Polizei, der selbst darstellt, dass die Ereignisse des 15. Juli weder von den Sozialdemokraten, noch von den Kommunisten vorbereitet worden sind. Glauben Sie denn wirklich, dass die Arbeiterklasse einen Putsch machen will. Die Tatsachenselbst zeigen ja diesen Unsinn. 1919 hingegen, hat es sich um einen erklärten Putsch gehandelt, die Aufrichtung der Räterediktatur. Diesmal aber hat es sich um eine aufgeregte Menge von Menschen über das Schattendorfer Urteil gehandelt. Es wäre traurig, wenn die Menschen kein Rechtsgefühl mehr hätten. (Dem Redner wird von der Minderheit zugerufen: Ueber die Grosavescu hat sich niemand aufgeregt.) Sie vergleichen da Dinge, die sich eben nicht vergleichen lassen. Im Grosavescuprozess hat es doch nicht um eine politische Sache gehandelt. Ueber das Urteil am 15. Juli waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch andere aufgeregte. Die Neue Freie Presse, die Ihnen gewiss nahesteht, hat geschrieben, dass man sich bei diesem Verdikt ein bisschen Disziplinlosigkeit wünschte. Ueber den Einzelnen braucht man nicht den Stab brechen. Bei solchen Demonstrationen steht der Einzelne immer unter dem Eindruck der Massenpsychose und sie lesen ja auch im Organ der Polizei im Juli von der Wirkung der Suggestion und Massenpsychose. Wenn heute gesagt wird, dass die Gerichte unantastbar seien, so will ich sie an das Jahr 1899 erinnern, wo Bürgermeister Weiskirchner wegen einer Entscheidung - des Verwaltungsgerichtshofes über Subventionen im niederösterreichischen Landtag, eine dringliche Anfrage einbrachte, worin die Regierung aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, dass dem verletzten Rechtsgefühl des christlichen Volkes Genüge geleistet werde. Präsident Danneberg zitiert dann weiters eine Aeusserung Dr. Luegers über die Juristen und erklärt, dass, wenn damals Leute wegen Subventionen aufgeregte waren, es nicht Wunder nehmen darf, dass sich heute Menschen darüber aufregen, wenn Menschen, die getötet haben, straflos bleiben sollen. Er erinnert dann die Minderheit an den Vergani-Prozess, wo die christlichsoziale Partei Vergani das Vertrauen ausgesprochen und erklärt hat, dass zwölf Menschen ein Urteil gesprochen haben, das für niemand massgebend ist. Redner bespricht weiters die Frage der Verwendung der Munition und erklärt, dass der Wachmann, an dem Stadtrat Hummelhardt nicht glaubt, von der Polizei hätte gefunden werden müssen.

Es wurde auch hier gesagt, dass wenn Scheibenschussmunition verwendet worden wäre, man das in den Spitalern fest stellen hätte können. Aber auch hier klappt etwas nicht. Während sonst jeder Operierte das Geschoss, das ihm aus dem Körper im Spital genommen wird, mit nach Hause bekommt, hat keiner der Juliverletzten ein solches Geschoss bekommen. Diese Geschosse behielt sich die Direktion des Spitals zurück. Im Zusammenhang mit den übrigen Ereignissen muss auch das zu denken geben.

G.R. Kunschak: Das heisst, Sie beschuldigen die Professoren, dass sie gelogen haben!

Dr. Danneberg: Ich beschuldige keine Professoren, aber man hätte die Geschosse der Kommission vorlegen können. Auch die Frage der Assistenzvorschriften bei der Polizei ist hier erörtert worden. Solche Vorschriften gibt es in der Tschechoslowakei seit dem Jahre 1923. In der Spezialinstruktion für die Polizei ist dort genau das Verhalten der Polizei bei Strassentumulten festgelegt. Wenn die Wiener Polizei am 15. Juli so vorgegangen wäre, dann wäre so manches nicht geschehen. In Deutschland darf erst nach dreimaliger Aufforderung zum Auseinandergehen von der Schliesswaffe Gebrauch gemacht werden. Es heisst dort ausdrücklich, dass in keinem Falle der Waffengebrauch weitergehen darf, als unbedingt notwendig ist.

G.R. Stöger (E.L.): So wie es am 15. Juli in Wien war!

Dr. Danneberg: Sie glauben also, dass am 15. Juli in den Wiener Strassen mit Recht Gasgeschossen worden ist. Der Berichterstatter wendet sich sodann gegen die Vorwürfe, die dem Bürgermeister die Schuld daran geben, dass das Militär nicht rechtzeitig vor dem Justizpalast erschienen sei und verweist auf den Bericht der Polizeidirektion, der ausdrücklich besagt, wenn nicht die Polizei, sondern das Militär eingeschritten wäre, wäre die Zahl der Opfer noch grösser gewesen. Die Polizei hat die Schiesserei beim Justizpalast in einem Augenblick begonnen, in dem nach Aussagen der Feuerwehr eben mit ihrer Löschaktion begonnen hatte und als die Sicherheitswachleute, die angeblich in ihrem Leben bedroht waren, schon von den Schutzbündlern befreit worden waren. Die beiden Gründe, aus denen die Polizei nach ihrem eigenen Bericht gezwungen war, zu schießen, lagen also nicht mehr vor.

Der Berichterstatter schliesst mit der Bitte, den Bericht anzunehmen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Der Antrag der Kommission, sowie der Zusatzantrag Stein den Bericht des Bürgermeisters über die Untersuchung der Magistratsdirektion zur Kenntnis zu nehmen, wird unter lebhaftem Beifall der Mehrheit angenommen, die Minderheitsanträge werden abgelehnt.

Bürgermeister Seitz bekommt am Schlusse der Sitzung auf den vom Abgeordneten Kunschak geäusserten Wunsch zurück, es möge dem Gemeinderat Weber, wegen eines von diesem gemachten Zwischenruf der Ordnungsruf erteilt werden und stellt fest, dass ein Zwischenruf des Stadtrates Weber aus dem stenografischen Protokoll nicht ersichtlich sei. Wenn dem Beschwerdeführer ein anderes Feststellungsverfahren beliebt, so müsste dieses erst eingeleitet werden.

Schluss der Sitzung 12 Uhr nachts.